



25. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Februar 2017

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freunde,

mit dem 25. Informationsblatt des Landeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform Brandenburg geben wir Euch zwei Beiträge von Genossen Prof. Dr. Herbert Meißner zur Kenntnis und zur Diskussion.

In seinem ersten Beitrag nimmt Genosse Meißner eine umfassende Analyse der aktuellen Kräfteverhältnisse in der Welt vor, unter besonderer Berücksichtigung der Hintergründe der heutigen Macht des amerikanischen Imperialismus. Aus dieser Analyse ergeben sich die historischen Aufgaben linker Bewegungen in der Welt. Es geht letztlich um die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse als Bedingung für die Überwindung des menscheitsgefährdenden imperialistischen Herrschaftssystems und Voraussetzung für die Errichtung einer friedenssichernden, menschenwürdigen und ausbeutungsfreien Gesellschaft. Für die Partei DIE LINKE muss es angesichts dieser Situation darum gehen, ihren programmatisch festgelegten Charakter einer konsequent antikapitalistischen, sozialistischen und friedenspolitischen Kampfpartei beizubehalten.

Und da es auch in diesen Fragen letztlich nicht um eine historische oder theoretische Debatte sondern um Wesen und Charakter der Partei geht, setzt sich Genosse Meißner in seinem zweiten Beitrag mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen mit der Situation in unserer Partei auseinander.

Somit befasst sich unser aktuelles Informationsblatt mit Fragen des Klassenkampfes. Und da Klassenkampf für Kommunistinnen und Kommunisten untrennbar mit Internationalismus verbunden ist, übersenden wir Euch schließlich auch den Politkalender 2017 des Ständigen Forums der Europäischen Linken - der Regionen (SFEL-R)

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher

Eigentum, Macht und Trump

Von Herbert Meißner

Donald Trump ist Präsident der Weltmacht USA. Von vielen unerwartet, von allen mit Neugier ausgestattet. Neugier auf künftiges Verhalten im Vergleich zu den drastischen Wahlaussagen. Dennoch bleiben solche Ankündigungen im Gedächtnis wie die in der Wahlrede am 4. Febr. 2016 in New Hampshire: „An dem Tag, an dem ich Präsident werde wird Waterboarding wiedereingeführt, andere und noch schärfere Foltermethoden gegen Terroristen angewandt und freier Waffenkauf gesichert“. Das lässt eine düstere Innenpolitik erwarten. Im Hinblick auf die Außenpolitik ist er völlig unberechenbar und Spekulationen darüber sind wenig hilfreich.

Aber drei Dinge können als sicher festgestellt werden. Erstens ist Trump Multimilliardär und als solcher eng mit der amerikanischen Wirtschafts- und Finanzwelt verbunden. Übrigens gibt es in der Neuzeit keinen amerikanischen Präsidenten gleich welchen Namens, der nicht Multimillionär und eng mit dem Industrie-, Finanz- und Rüstungskapital verflochten gewesen wäre. Inzwischen ist klar, dass Trump bei der Zusammenstellung seines Kabinetts milliardenschwere Konzernchefs ohne politische Erfahrung auswählt, so dass Journalisten dieses Kabinett als „Club der Hochfinanz“ bezeichnen.

Zweitens ist das Versprechen, Amerika wieder groß und stark zu machen, darauf orientiert, den amerikanischen Imperialismus wirtschaftlich und militärisch wieder so zu stärken, dass er den früheren Weltherrschaftsplänen wieder näherkommt. Diese Weltherrschaftsrolle war realistisch zu der Zeit, als der Antipode Sozialismus wegfiel und eine unipolare Weltstruktur mit den USA an der Spitze bestand.

Drittens aber hat sich seitdem die Situation grundsätzlich geändert. Russland hat sich inzwischen erholt, hat seinen Nationalstolz wieder entfaltet und in geschickter Verbindung von Politik und einflussreicher orthodoxer Kirche einen wieder starken Staat entwickelt. Es ist nach wie vor eine Atommacht und besitzt seinen Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan. Wirtschaftlich, politisch und militärisch ist die russische Föderation wieder zu einem internationalen Machtfaktor geworden.

Daneben hat China lange Zeit ohne großes Aufsehen seine Kraft entfaltet. Es hat den Hunger beseitigt, eine starke Industrie aufgebaut, ist ein bedeutsamer Exporteur und ein wichtiger Partner für Entwicklungsländer und Entwicklungshilfe geworden. China ist ebenfalls Atommacht. Es ist wie auch Russland Vetomacht im Sicherheitsrat der UNO.

Durch das Zusammenwirken dieser beiden Großmächte in vielen internationalen Grundfragen ist die unipolare Herrschaft der USA seit längerem beendet und es besteht wieder Bipolarität. Dies können auch noch so großsprecherische Ansagen von Trump nicht verändern.

Das US-amerikanische und von Trump repräsentierte Streben danach, wieder international die ausschließliche Nr. 1 zu werden und seinen Weltherrschaftsplänen wieder näher zu kommen beruht auf der amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Diese entfaltet sich beachtlich, durch die Akkumulation und Zentralisation von Kapital und die Bildung von transatlantischen Konzernen, Trust und anderen Kapitalgesellschaften. Auf der Jagd nach Maximalprofit hat diese imperialistische Krake ihre Fangarme über die ganze Welt gestreckt. Ob es die südamerikanischen Ölfelder und seltenen Erden und Metalle sind, die Goldminen und Diamantfelder in Afrika, die Erdgas- und Ölvorkommen in Nahost oder die Reisfelder in Asien - überall haben US - Monopole Besitzstände Kapitalbeteiligungen und realisieren Maximalprofite.

Die Profitmaximierung im Inneren und die Ausbeutung anderer Völker sind der Hintergrund der heutigen Macht des amerikanischen Imperialismus. Abgesichert wird dieses System dadurch, dass beim Entstehen von Unabhängigkeitsbewegungen und Freiheitstreben in anderen Ländern die amerikanischen und verbündeten Geheimdienste aktiv werden. Wenn dies jedoch nicht reicht, so gilt, was im Mai 1997 in einer offiziellen Verlautbarung der USA – Regierung formuliert wurde: sie sei zu militärischen Interventionen verpflichtet, „wenn es um die Sicherung des uneingeschränkten Zugangs zu den Schlüsselmärkten, Energievorräten und strategischen Ressourcen geht“.

Wie sich Trump verhalten wird zu der Verpflichtung, mit militärischen Interventionen überall auf der Welt amerikanische Wirtschaftsinteressen durchzusetzen bleibt abzuwarten. Aber wenn jemand zu einem der mächtigsten Männer der Welt gekürt wird, der über keinerlei politische Erfahrung verfügt, der im Wahlkampf keinerlei staatsmännisches Format zeigte, der vor und nach der Wahl völlige Unberechenbarkeit offenbarte, so ist das eine ziemlich gefährliche Konstellation. Und wenn dessen Präsidentensessel in der Nähe des berühmten-berühmten

Roten Knopfes steht, kann das für unsere Welt existenzgefährdend sein - und nicht nur für unsere, für seine auch!

Allerdings kann man dem neuen Mister Präsident nicht absprechen, dass er ein gewisses Empfinden für die veränderte Lage der USA in der internationalen Arena hat. Diese Veränderung wird deutlich, wenn man betrachtet, auf wie viel verschiedenen Konfliktfeldern in den vergangenen vier bis fünf Jahrzehnten die USA – Strategie gescheitert ist, in wie viel Fällen die USA zur Änderung ihrer Taktik gezwungen wurden, auf welchen Gebieten sie Verluste ihres Einflusses hinnehmen mussten. Dafür in gebotener Kürze einige Beispiele, die als Einzelfälle durchaus bekannt sind, aber in ihrem Zusammenhang als antiimperialistische Tendenz sichtbar gemacht werden sollen.

1965 rückten US – Truppen in Vietnam ein, führten einen erbarmungslosen Krieg, mussten 1972 wieder abgezogen werden und 1976 wurde die Vereinigte Sozialistische Republik Vietnam gegründet. Das Kriegsziel, Vietnam als Stützpunkt gegen China zu etablieren, wurde nicht erreicht und diese Strategie war gescheitert.

Im Irak erfolgte 1972 die Verstaatlichung der von den USA kontrollierten Petrol Company. 1978 wurde eine irakisch – syrische Wirtschaftsunion gebildet. Aber Syrien hatte wiederum freundschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen zu Russland. Diese Entwicklung widersprach den US – Interessen und sollte 2002 durch den völkerrechtswidrigen Überfall auf Irak umgekehrt werden. Das Kriegsziel bestand darin, eine westlich orientierte Regierung einzusetzen, den US – Einfluss in der arabischen Region zu stärken und die Kontrolle über die Öl- und Erdgasreserven zu sichern. Immerhin verfügte Irak über die zweitgrößten Rohöl- und Erdgasreserven der OPEC – Staaten.

Herausgekommen ist eine völlige Destabilisierung des gesamten arabischen Raumes, die Gründung eines radikal – islamischen Kalifats, ein Krieg in Syrien, militärische Aktionen gegen Jemen einerseits und andererseits eine Festigung der Beziehungen zwischen Syrien, Iran, Libanon, Russland und China.

Oder: der Plan, durch einen raschen Kriegszug in Afghanistan eine westlich orientierte Demokratie zu schaffen und die Herrschaft der Taliban zu beenden, hat ebenfalls nicht funktioniert. Der Krieg ist weder gewonnen noch beendet, die Taliban sind heute stärker als früher und der vorgesehene Abzug der ausländischen Besatzungstruppen wurde verschoben.

Eine weitere Veränderung in den internationalen Beziehungen zu Ungunsten der USA vollzog sich in Bezug auf Iran. Viele Jahre haben die USA gemeinsam mit Israel den Iran des Atombombenbaus verdächtigt und Sanktionen verhängt. Unter internationalen Druck mussten die USA ihre Strategie ändern und einem internationalem Vertrag mit Iran zustimmen und die Sanktionen werden schrittweise zurückgefahren. Mehr noch: Irans Präsident Ruhani wurde vom Papst empfangen. Erstmals besuchte ein chinesischer Staatspräsident Teheran. Xi Jinping unterschrieb 17 Wirtschaftsverträge, darunter den Bau von zwei Kernkraftwerken im Iran und umgekehrt wurde die langfristige Lieferung iranischen Öls an China vereinbart. Dies alles verläuft den USA - Interessen deutlich zuwider.

Dazu gehörte auch die Problematik Israel – Palästina. Viele Jahrzehnte wurde die israelische Besetzung Palästinas, der Annexion palästinensischer Gebiete, des Westjordanlandes und die Siedlungspolitik erst unterstützt und dann toleriert. Auch hier hat sich der Wind gedreht. Obama hat Netanjahu zur Mäßigung gemahnt und sich hinter eine Zweistaatenlösung gestellt. Und er hat die US Vertreterin in der UNO – Vollversammlung angewiesen, bei der Abstimmung über die Völkerrechtswidrigkeit und den Stopp der Siedlungspolitik im Unterschied zu früher kein Veto einzulegen, mit Enthaltung zu stimmen und dadurch die Annahme dieser Resolution mit überwältigender Mehrheit zu ermöglichen. Obwohl Trump versucht hat, diesen Vorgang in entgegengesetztem Sinne zu beeinflussen, kam er damit nicht durch. Das veranlasste ihn zu der Feststellung: „Ab zwanzigstem Januar wird in der UNO alles anders“.

Wenn es Netanjahu mit Unterstützung von Trump gelingt, eine Zweistaatenlösung endgültig auszuschließen, so bedeutet das die Abkehr vom Friedensprozess und schafft neue Gefahren auch für Israel. Das führt zu einer 3. Intifada und möglicherweise Bürgerkrieg sowie zur weiteren internationalen Isolierung Israels. Mit der Durchsetzung der Ein –Staaten – Regelung, bei der Israel das herrschende Volk und die Palästinenser die unterdrückte und versklavte Völkerschaft sind, hört Israel auf, eine Demokratie zu sein. Wenigstens vom Prinzip her garantiert eine bürgerliche formale Demokratie allen ihren Bürgern gleiche Rechte. Die von Netanjahu mit Unterstützung von Trump angestrebte Staatsform wäre dann ein Apartheidstaat, Diese Beispiele – die erweitert werden können – zeigen die Berechtigung der Befürchtung von Donald Trump, dass das Gewicht des US - amerikanischen Imperialismus in der Weltpolitik in den vergangenen Jahrzehnten abgenommen hat.

Der nationale Geheimdienst der USA, der alle vier Jahre einen Bericht über die weltpolitische Lage veröffentlicht, stellte wenige Tage vor Amtsantritt des neuen Präsidenten fest: „Grundsätzlich sehen die Verfassung die seit dem Ende des Kalten Krieges bestehende amerikanische Dominanz schwinden“.

Außer ganz persönlichen Ambitionen liegt hier die Ursache für den Kampf von Trump nach einem wieder starken und allmächtigen Amerika.

Aber dieser Absicht steht weiterhin entgegen, dass sich auch in Asien, Afrika und Südamerika neue Wirtschaftskooperationen, politische Bündnisse, finanzpolitische Vereinigungen und ähnliches bilden mit dem Ziel von Souveränität, Unabhängigkeit und Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Gesamtheit dieser im Grunde historisch progressiven Tendenzen kennzeichnet Jean Ziegler so: „Gegen die weltweite Diktatur des globalisierten Finanzkapitals, ihrer Satrapen und Söldner, erhebt sich heute ein neues geschichtliches Subjekt: die weltweite Zivilgesellschaft“. Diese vielgestaltige Entwicklung tendiert offensichtlich dahin, nach der unipolaren Herrschaft der USA und der wiederentstandenen Bipolarität zu einer multipolaren Weltstruktur zu kommen. Diese Entwicklung kann Trump zwar aufhalten – umkehren wird er sie nicht können.

Die heutige Welt ist gemäß verschiedener Analysen und Expertisen der UNO und vieler ihrer Organisationen dadurch gekennzeichnet, dass in der südlichen Hemisphäre alle 5 Sekunden ein Kind unter 10 Jahren an Hunger oder an eigentlich heilbaren Krankheiten stirbt, dass 2014 mehr Menschen an Hunger starben als in allen in diesem Jahr geführten Kriegen. Umgekehrt berichtet die Welternährungsorganisation, dass die Landwirtschaft bei dem erreichten Produktivitätsniveau imstande ist, 12 Milliarden Menschen normal zu ernähren, d. h. fast das Doppelte der heutigen Weltbevölkerung, Das entspricht der alten Erkenntnis: Brot für alle hat die Erde!

Über die Toten und Invaliden der in Nahost und Mittelfrika angezettelten Stellvertreterkriege kann man nichts aussagen – sie sind noch nicht gezählt. Aber gezählt ist von der Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg, dass es 2016 - 32 Kriege und bewaffnete Konflikte gab. Und wir wissen, dass circa 60 Millionen Flüchtlinge aus den Kriegs- und Hungergebieten unterwegs sind und dass viele Tausend davon im Mittelmeer ertranken oder auf anderen Fluchtwegen zu Tode kamen. Die internationale Organisation für Migration (IOM) in Genf teilte mit, dass 2016 – 8079 Menschen im Mittelmeer ertranken.

Der namhafte Schweizer Soziologe und Verantwortliche verschiedener UNO Organe Jean Ziegler liefert in seinem Buch „Ändere die Welt“ noch viele Beispiele dafür, weshalb er diese Weltordnung „kannibalisch“ nennt. Diese kannibalische Weltordnung ist entstanden durch die Funktionsweise des Industrie- Finanz- und Rüstungskapitals, zusammengefasst unter dem Begriff Imperialismus.

Es geht jedoch nicht um Eigentum im Allgemeinen, um Geldvermögen, um Reichtum und Luxus. Der Vermögensbesitz hat eine Doppelfunktion. Einerseits gibt dieser Reichtum die Möglichkeit, Menschen zu beeinflussen, zu manipulieren, zu korrumpieren, zu kaufen. Damit verbunden ist die Möglichkeit, Entscheidungen in Verwaltungen, Staatsorganen und Regierungen maßgebend zu beeinflussen. Stichwort: Lobbyismus. Das Alles vollzieht sich noch auf der Ebene von Geldverwendung.

Entscheidend ist die andere Seite: Geld als Kapital. Kapital ist Eigentum an Produktionsmitteln. Dieses Eigentum ermöglicht den Produktionsmittelbesitzern, besitzlose Menschen als Arbeitskräfte zu beschäftigen. Karl Marx hat in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ tiefgründig und exakt nachgewiesen, dass und wie trotz Äquivalenzaustausch Mehrwert entsteht, der sich in Profit verwandelt. Infolge kapitalistischer Konkurrenz entsteht die Jagd nach Maximal- und Extraprofiten. Auf diesem Hintergrund entstanden die kurz benannten Eigentums-, Herrschafts-, und Machtstrukturen.

Diese Eigentumsverhältnisse mit dem Besitz der Produktionsmittel sind Ursache und Hintergrund der heutigen Weltbeherrschung durch ein kannibalisches System. Im Hinblick auf die vielfache Erwartung, dass die Staaten und Regierungen diesen Zustand zu verändern hätten, gilt – historisch immer wieder bewiesen – die These aus dem Kommunistischen Manifest: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuss, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet“.

Mehrfach ist in der Geschichte die Richtigkeit der These von Marx bewiesen: die Eigentumsfrage in Verbindung mit der Macht ist die Grundfrage der Entwicklung. Die grundlegende Veränderung der Eigentumsverhältnisse ist also die Bedingung für die Überwindung des menschengefährdenden imperialistischen Herrschaftssystems und die Voraussetzung für die Errichtung einer friedenssichernden, menschenwürdigen und ausbeutungsfreien Gesellschaft!

Magdeburg und linke Strategie

Von Herbert Meißner

Über die sozialreformistische Strömung des Forums demokratischer Sozialismus in der Partei DIE LINKE ist schon viel geschrieben worden. Im Juni 2015 fand in Berlin eine vom OKV (Ostdeutsches Kuratorium von Verbänden) veranstaltete Konferenz zur kritischen Analyse der Transformationstheorie und ihrer politischen Konsequenzen statt, die ja gemäß der Absicht ihrer Erfinder zur theoretischen Grundlage der Partei gemacht werden soll.

Nun sind allerdings namhafte Vertreter dieser sozialreformistischen Strömung Mitglieder verschiedener Leitungsgremien der Linkspartei sowie leitende Funktionäre der Rosa – Luxemburg – Stiftung. Daher entsteht die Gefahr, diese Strömung könnte die sozialpolitischen und friedenspolitischen Prinzipien der Partei einer möglichen Regierungsbeteiligung auf Bundesebene opfern.

Dem steht aber das von der überwältigen Mehrheit der Parteimitgliedschaft getragene Parteiprogramm entgegen. Daher ist zu erwarten, dass zu gegebener Zeit wieder eine Diskussion über das Parteiprogramm ausgelöst werden wird. Dabei wird es darum gehen, ob DIE LINKE ihren programmatisch festgelegten Charakter einer konsequent antikapitalistischen, sozialistischen und friedenspolitischen Kampfpartei beibehält oder ob sie zu einer sozialreformistischen Nebenstelle der SPD wird. Es geht also letztlich bei alledem nicht um eine historische oder theoretische Debatte sondern um Wesen und Charakter der Partei.

Diese Fragen sind noch keineswegs endgültig und unumkehrbar entschieden. Solange namhafte sozialreformistische Funktionäre in den oberen Etagen der Linkspartei auf hohen Stühlen sitzen und von da aus nach Ministersesseln in einem Bundeskabinett streben, ist höchste Aufmerksamkeit geboten. Ich teile die Sorge vieler innerhalb und außerhalb der Linkspartei, vieler Mitglieder der DKP, der KPD, der RotFüchse und vieler Friedensfreunde um den Erhalt der einzigen konsequent friedenspolitischen Kraft im deutschen Bundestag und in der Parteienlandschaft.

Aber es gibt auch Lichtblicke, die m. E. zu wenig Beachtung finden. Dies sehe ich z. B. im Magdeburger Parteitag der LINKEN vom Mai dieses Jahres. Ohne dies hier ausführlich

darstellen zu können seien doch ein paar Akzente gesetzt. In seiner Grundsatzrede sagte der Parteivorsitzende: „Die Idee eines sozialen und demokratischen Europas lässt sich gegen die neoliberale EU der Banken und Konzerne heute nur noch durch eine Revolution der Gerechtigkeit und Demokratie durchsetzen.“ Den Begriff „Revolution“ benutzt er in dieser Rede 6 Mal. Ich kann mich nicht erinnern, wann ein Parteivorsitzender der LINKEN diesen Begriff zum letzten Mal als Forderung und Aufforderung gebraucht hat.

Und direkt gegen die Transformationsillusionen formuliert Bernd Rixinger: „Es wäre doch umgekehrt geradezu verrückt zu meinen, dass die Enteignung der Mehrheit und die ungeheure Machtkonzentration in den Händen der Superreichen in Tappelschritten rückgängig gemacht werden könnten!“ Und er fügt hinzu, „dass es eben mit kleinen Korrekturen nicht getan ist!“

Zur Militärpolitik sagte er: „Leidenschaftlich stimmen wir gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr.“ Die Ko - Vorsitzende Katja Kipping erklärte, dass „ wir uns nicht an außenpolitischen Abenteuern, Kriegseinsätzen oder Kreuzzügen des Westens beteiligen.“ Und sie fügt hinzu: „In dieser Frage gibt es bei uns kein Wanken und kein Schwanken!“

In den Beschlüssen des Parteitages heißt es, die LINKE „muss Waffenexporte verbieten, Militäreinsätze beenden und die Grundlagen für eine gerechte und klimaneutrale Weltwirtschaftsordnung legen.“ Und hervorgehoben steht: „Verantwortung für den Frieden heißt Auslandseinsätze, Aufrüstung und die Militarisierung der deutschen Außenpolitik stoppen.“ Und an anderer Stelle: „DIE LINKE will Abrüstung statt Aufrüstung, sie lehnt den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweit einzusetzenden Armee ab. DIE LINKE setzt sich für eine schrittweise Abrüstung der Bundeswehr, beginnend mit einem Abbau der kriegsführungsfähigen Teile, und für die Senkung der Verteidigungsausgaben ein.“

Zur NATO, in die die Sozialreformisten die BRD weiterhin eingebunden sehen möchten, sagt der Parteitag: „Nein zur NATO! Die NATO ... muss aufgelöst werden. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist ein Austritt Deutschlands aus den militärischen Strukturen der NATO! „

Zu dieser gesamten vom Parteitag festgeschriebenen Strategie haben innerparteiliche Zusammenschlüsse wie die Kommunistische Plattform, das Marxistische Forum, die Antikapitalistische Linke u. a. wesentlich beigetragen

Ich bezweifle sehr, dass es hilfreich ist, wenn Ekkehard Lieberam in einem Interview im Rot-Fuchs Novemberheft eine völlig undifferenzierte pauschale Attacke gegen DIE LINKE reitet.

Viele seiner kritischen Aspekte teile ich und habe sie in etlichen Publikationen und Vorträgen vertreten. Aber E. L. kommt zu Verallgemeinerungen, die ich für eine falsche Orientierung halte – abgesehen von ihrem Widerspruch zur Realität. So sagt er z. B. zu dem von der überwältigen Mehrheit der Parteimitglieder beschlossenen und bis heute vertretenen Erfurter Programm: „Das aber ist offenbar Vergangenheit. Die Linkspartei ist heute deutlich auf Anpassungskurs.“ Gilt das etwa für die Masse der Mitgliedschaft? Er sieht einen „...Mangel an einem klaren politischen Profil der Linkspartei als sozialistische Partei und Friedenspartei“. Hat er das Alleinstellungsmerkmal als einzige konsequente Friedenspartei in der bundesdeutschen Parteienlandschaft übersehen? Hat er nicht - aber: „DIE LINKE scheint mir dabei selbst in der Friedensfrage ihr eigenständiges politisches Profil zu verlieren, wenn ich an die Haltung in der immer wieder thematisierten Frage des Verhältnisses zur NATO und zur deutschen Beteiligung an Militäreinsätzen denke“. Die weiter oben angeführten Zitate aus den Reden und vor allem, aus den Beschlüssen von Magdeburg sowie unzählige Meinungsäußerungen aus der Mitte der Partei zeigen ein völlig anderes Bild.

Zusammengefasst heißt es bei Lieberam: „Stellungnahmen der Linksparteien zu aktuellen und strategischen Fragen ... lesen sich oft wie Abhandlungen zu einer Willenslehre oder zum Sittengesetz, sind mehr moralisch als analytisch und erwecken den Eindruck, man wolle sich für den nächsten Kirchentag empfehlen.“ Und immer wieder: nicht bestimmte Teile der LINKEN oder einflussreiche Funktionäre, sondern stets die Linkspartei insgesamt!

Wenn das so stimmen würde, wäre dann solche Partei für einen ehrlichen Sozialisten oder einen humanistischen Friedensaktivisten noch wählbar? Ist das die richtige Orientierung zu Beginn eines sehr anspruchsvollen Wahljahres? Können mit solcher Gesamteinschätzung der Linkspartei zweifelnde oder unentschlossene Bürger für eine Wahl der LINKEN motiviert werden? Wäre es nicht richtiger und notwendiger, die Positionen des Erfurter Programms und ihre Wiederholung und Präzisierung in Magdeburg zu betonen, zu propagieren, zu vertreten und zu verteidigen? Aber genau darum geht es doch!

Dass sich die Partei nicht von dieser Strategie abbringen lässt – nicht durch Anfeindungen von außen und nicht durch Transformationsillusionen von innen, nicht durch Versprechungen möglicher Verbündeter und nicht durch Verführungskünste angeblicher Verbündeter – das gilt es jetzt zu sichern!



Ständiges Forum der Europäischen Linken -
der Regionen (SFEL-R)

Politkalender 2017

- 14.-15.01.17 Gemeinsame Teilnahme der Mitglieder des SFEL-R an der Ehrung von Rosa Luxemburg und
Karl Liebknecht.
- 04.-05.03.17 Veranstaltung zum Internationalen Frauentag in Blossin (60 Plätze).
Einladung des Landverbandes DER LINKEN - Brandenburg
- 15.04.2017 Gedenkstein Ernst Thälmann /Ziegenhals
Blumen zur Erinnerung an die Gedenkstätte (EL)
- 22.04.2017 Sitzung des Koordinierungsausschusses des SFEL-Bautzen
Wahlen
- 01.05.2017 1. Mai
Teilnahme an den Maiveranstaltungen der Parteien des SFEL-R (Einladung).
- 06.05.2017 Gedenkstätte Terezin CZ
(Veranstaltung der LAG- Brandenburg SFEL-R)
- 08-05.2017 Teplice Radfahrt für den Frieden CZ
Besuch von Gedenkstätten zum Tag der Befreiung. (ca. 50 km)

Veranstaltung der LAG – Brandenburg SFEL-R

- 25.-28.05.17 Europacamp 2017 in der Slowakei SK
Anmeldungen bis zum 23.03.17 – www.sfel-r.de (Reisebus)
- 10.06.2017 Lidice CZ
Teilnahme an der Gedenkveranstaltung der KSCM
(SFEL-R)
- 26.08.2017 Internationales Treffen der Linken (CZ)
(Polen -Slowaken -Tschechen-Deutschland), Forum der KSCM,
Infostand des SFEL-R
- 01.- 02.09.17 Landestreffen der KSCM - Kunečtick Hora CZ
Infostand des SFEL-R, KOR -Sitzung.
- 20.-21.10.17 Treffen linker Bürgermeister
Hotel Ort – Stadt Sobotka CZ, Bürgermeister für den Frieden
100 Jahre Oktoberrevolution
Thema: Aktionsprogramm 2018

Interessierte Genossen der KPF melden sich unter der E-Mail Adresse mp-schoemmel@t-online.de

Gen. Schömmel Hans Peter

V.i.S.d.P. Bodo Hinkel, kpf@dielinke-brandenburg.de